

Nr. **XIX. GP-NR**
638 /J
1995-03-03

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Cap
und Genossen
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
betreffend NPT-Revisionskonferenz 1995

Im Gegensatz zum Problem der **vertikalen Proliferation** von Kernwaffen (Zunahme von Kernwaffen in Ländern, die bereits derartige Waffen besitzen), die durch die in den letzten Jahren eingeleiteten spektakulären Abrüstungsschritte im atomaren Bereich (INF-Vertrag, START I und II) gebannt scheint, stellt die Zunahme der **horizontalen Proliferation** (Verbreitung der Atomwaffen in immer mehr Staaten) eines der größten sicherheitspolitischen Risiken der Gegenwart dar.

Immer mehr Staaten - viele davon in Krisengebieten - stehen an der Schwelle zur Atommacht oder haben diese bereits überschritten. Laut Angaben des Internationalen Instituts für Friedensforschung (SIPRI) verfügen Israel, Indien und Pakistan möglicherweise über genügend Material, um zusammen mehr als 120 Atomwaffen herzustellen. Während die nuklearen Ambitionen des irakischen und nordkoreanischen Regimes gestoppt wurden, streben vor allem der Iran, Indien und Pakistan weiterhin nach nuklearen Waffensystemen. Mit dem Zerfall der Sowjetunion sind neue Atomkräfte - Ukraine, Weißrußland, Kasachstan - entstanden, als besonders gefährlich wird die unkontrollierte Proliferation radioaktiven Materials aus der nuklearen Hinterlassenschaft der UdSSR eingestuft.

Sicherheitsexperten befürchten angesichts dieser Entwicklung eine Fortsetzung des nuklearen Wettrüstens in der Dritten Welt. Damit eröffnen sich erschreckende Perspektiven für zukünftige Kriege in den verschiedenen Konfliktregionen, vor allem im Mittleren Osten und in Südasiens, wo die immer noch latente Kaschmir-Krise einen neuerlichen Waffengang zwischen Indien und Pakistan provozieren könnte.

Angesichts dieser Entwicklung kommt dem Atomwaffensperrvertrag eine enorme Bedeutung zu. Der 1968 geschlossene Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (NPT) stellt eine der wenigen Barrieren gegen eine weitere Verbreitung von nuklearen Massenvernichtungswaffen dar und muß unbedingt verlängert und mit einem effizienterem Verifikationsregime ausgestattet werden.

In einigen Wochen werden die NPT-Mitgliedstaaten in einer Überprüfungs- und Verlängerungskonferenz über die weitere Zukunft des Atomwaffensperrvertrages entscheiden. In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten nachstehende

ANFRAGE :

1. Inwieweit ist Österreich, das als einer der ersten Staaten dem NPT-Vertrag beigetreten ist und mit der in Wien ansässigen Atomenergie-Organisation (IAEO) das Herzstück des Non-proliferationsregimes beherbergt, in die Vorbereitungsarbeiten zur NPT-Revisionskonferenz 1995 eingebunden und welche Ziele verfolgt Österreich dabei?

2. Wie bewerten Sie die Chancen einer unbefristeten Verlängerung des Vertrages?
 3. Welche Schritte unternimmt Österreich, um die Autorität und Ressourcen der IAEO als wichtigste Kontrollinstanz des Atomwaffensperrvertrages entsprechend zu stärken?
 4. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace fordert eine Erweiterung des Atomwaffensperrvertrages um eine Klausel, in der die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen weltweit verboten wird, um die weitere Anhäufung von kernwaffenfähigem Plutonium zu stoppen.
Teilen Sie diese Forderung?
Wenn ja, sind Sie bereit, im Sinne dieser Zielsetzung initiativ zu werden?
-